



Ist allen Großstadtkindern klar, dass Tomaten an Sträuchern und nicht im Supermarkt wachsen? Die Berliner Schulgärten sollen den Kindern einen Zugang zur Natur eröffnen und elementares Wissen vermitteln. Sie laden am 13. Juni zum Schulgartentag ein.

Foto: Hanschke

Der **Berliner Wahlkampf** wirft seine Schatten voraus. Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß analysieren die Situation in der Stadt und zeigen auf, mit welchen Themen und Schwerpunkten sie um die Gunst der Bürgerinnen und Bürger werben wollen. **Seiten 3 bis 6**

Da die Möglichkeiten des Landes und der Bezirke zumeist etwas mit Geld zu tun haben, kann ein Blick in die Kasse durchaus hilfreich sein. Wie es dort aussieht, hängt auch vom **Länderfinanzausgleich** ab. Ende Dezember 2015 wurde ein Kompromiss zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen verkündet. Alles paletti also? Ganz so einfach ist es nicht, sagt die Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe und erläutert die Hölzchen und Stöckchen einer komplizierten Beziehung. **Seite 8**

TTIP und die **kommunale Daseinsvorsorge** ist auch eine komplizierte Beziehung. Nicht zuletzt, weil kaum jemand weiss, was in dem Abkommen genau drinsteht bzw. was es letztlich in der Praxis bedeutet. Detlef Raphael beschreibt den Stand der Verhandlungen und die Positionen der Kommunen. **Seite 15**

Am **11. März** lädt die SGK Berlin zum nächsten "**Erfahrungsaustausch Flüchtlingsunterkünfte**" ein. Einzelheiten finden sich auf **Seite 2**



Oel / Przesang / Thamm †
**BERLINER
KOMMUNALPOLITISCHES
LEXIKON**

Die 3. überarbeitete und erweiterte Auflage des Kommunalpolitischen Lexikons erscheint im März 2016.

Mitgliedern der SGK Berlin senden wir gern unentgeltlich ein Exemplar zu. Bestell-Info S.14.

Michael Müller:
Berlin: Stadt der Arbeit

Seite 3

Raed Saleh:
Fraktionsklausur

Seite 5

Jan Stöß:
Erfolgreich ins Wahljahr 2016

Seite 6

LAGeSo-Statistik:
Unterbringung in den Bezirken

Seite 6

Daniel Buchholz:
Energiewende auf Kurs

Seite 7

Cansel Kiziltepe:
Länderfinanzausgleich

Seite 8

Christian Haß:
Spandau schuldenfrei

Seite 9

Clara West:
Unterausschuss Bezirke

Seite 10

Christian Gaebler:
Baustellenmanagement

Seite 11

Franziska Becker:
Raum für Industriekultur

Seite 12

Ina Czyborra:
Sichere Stadt für Frauen

Seite 13

Detlef Raphael:
Daseinsvorsorge und TTIP

Seite 15

Mit 66 Jahren ...



... fängt das Leben an.

Hans-Rainer Harder ist im vergangenen Jahr aus dem Erwerbsleben ausgeschieden und feiert quasi mit Erscheinen dieser Ausgabe des forum seinen 66. Geburtstag.

Seit der Gründung der Berliner SGK im Jahre 1986 ist er Mitglied, nunmehr treue und aktive 30 Jahre.

Schon während seines Studiums am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin hat er sich intensiv mit kommunalpolitischen

Themen auseinandergesetzt und seine Erkenntnisse in Vorträgen (auch in englischer und französischer Sprache) weitergegeben.

Bei der SGK hat er von Anfang an den Informationsdienst der SGK redaktionell betreut und übernahm im November 1989 das Amt des Geschäftsführers der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin e.V. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim August-Bebel-Institut war er u.a. mit der Planung und Durchführung von kommunalpolitischen Seminaren betraut und war nach dem Fall der Mauer ein gern gesehener Ratgeber in den östlichen Bezirken. Hierbei halfen ihm auch seine Erfahrungen als Bezirksverordneter in Schöneberg und nicht zuletzt auch seine Lehraufträge an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin im Fachbereich Politik.

1992 nahm er seine Tätigkeit als Planungsbeauftragter beim Bezirksamt Köpenick auf, bis ihm 1998 die Leitung der Pressestelle übertragen wurde.

Nunmehr ist er im Ruhestand. Die SGK Berlin wünscht ihm dazu alles Gute und hofft, auch weiterhin von seinem Erfahrungsschatz profitieren zu können.

Erfahrungsaustausch der SGK Berlin:

„Flüchtlingsunterkünfte in den Bezirken“

Die SGK Berlin will ihren mehrfach organisierten Erfahrungsaustausch zu den Flüchtlingsunterkünften in der Stadt fortsetzen.

Für das Jahr 2016 wird mit mindestens gleichbleibend hohen Zahlen an geflüchteten Menschen in Berlin gerechnet. Neben der Betreuung und Integration der in den vergangenen beiden Jahren zugewanderten Menschen, geht es darum weitere dauerhafte Unterkünfte zu schaffen. Neben dem Bau von Containerwohnanlagen sollen zahlreiche Vorhaben in modularer Bauweise realisiert werden. Das soll es ermöglichen, belegte Turnhallen wieder freizuräumen.

Die Schaffung von Unterkunftsplätzen für Flüchtlinge ist Landesaufgabe, die Bezirke sind in der Pflicht, dies zu unterstützen. Diese Herausforderung wird uns noch eine Weile begleiten. Die SGK Berlin lädt deshalb zu einem weiteren Erfahrungsaustausch mit und für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, um die damit zusammenhängenden Fragen gemeinsam zu diskutieren und Lösungsstrategien auszutauschen.

Folgende Themen sollen besprochen werden:

- Integrationsprojekte (u. a. Arbeitsmarkt)
- Zusammenarbeit mit Betreibern der Einrichtungen
- Angebote für Kinder und Jugendliche
- Beschulung von Flüchtlingskindern
- Gesundheitsuntersuchungen und -leistungen für Flüchtlinge
- Beschwerden und Probleme beim Betrieb der Einrichtungen
- ...sowie weitere Fragen im Zusammenhang mit geschaffenen Einrichtungen für Flüchtlinge

Fr, 11. März 2016, 17-19 Uhr

im Kurt-Schumacher-Haus

Um eine kurze Anmeldung an info@sgk-berlin.de wird gebeten. Die Teilnahme ist selbstverständlich unentgeltlich.

SGK intern

Wir begrüßen als neue Mitglieder:

Aus Gründen des Datenschutzes begrüßen wir unsere neuen Mitglieder namentlich nur in der gedruckten Fassung des Heftes.

Die nächste Ausgabe

Heft 93 des forum erscheint am 27. Mai 2016.

Redaktionsschluss ist der 1. Mai 2016.

Redaktionelle Beiträge sind wie immer erwünscht. Bitte termingerecht per e-Mail an info@sgk-berlin.de schicken.

Impressum

Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin e.V. – SGK Berlin –

Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel 030 / 46 92 - 134, Fax 030 / 46 92 - 116

Vorsitzender: Horst Porath

Mail an Redaktion und Vorstand: info@sgk-berlin.de

Redaktion:

Frédéric Verrycken (V.i.S.d.P.),
Martina Hartleib, Heiko Hanschke, Hans-Ulrich Oel,
Horst Porath, Norbert Przesang

Satz & Layout: Heiko Hanschke

Druck: KSH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Berlin: Stadt der Arbeit

von Michael Müller

Berlin ist für Menschen auf der ganzen Welt Sehnsuchtsort geworden. Vor kurzem wurde die neue Bevölkerungsprognose für Berlin vorgestellt. Schon 2015 kann die Stadt eine Metropole mit vier Millionen Einwohnern sein.

Die wichtigsten Themen werden auch in den kommenden Jahren in Berlin wachsende Stadt, Flüchtlingsintegration, Haushaltskonsolidierung, soziale Gerechtigkeit, Zusammenhalt der Gesellschaft und Teilhabe für alle sein.

Wer auf dieser Grundlage die solidarische Stadt will, der muss Arbeit als Schlüssel zu einer gerechteren Gesellschaft in einem guten, sozialdemokratischen Berlin verstehen. Es geht also darum, Berlin wieder als Stadt der guten Arbeit zu verstehen.

Das langfristige, selbstbewusste Ziel unserer sozialdemokratischen Politik für Berlin muss dabei meines Erachtens Vollbeschäftigung sein. Und ich formuliere diesen Anspruch seit Beginn meiner Amtszeit als Regierender Bürgermeister, weil es möglich ist. Andere Regionen Deutschlands zeigen das.

Gute Arbeit für alle kann es nur in einer Stadt geben, der es wirtschaftlich gut geht und die wächst.

Unsere konsequente Politik der letzten Jahre hat dazu geführt, dass sich Berlin auch als Wirtschaftsstandort wieder sehen lassen kann:

- Wir hatten 2015 das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer und lagen über dem Bundesdurchschnitt
- Allein 2015 sind wie in den Vorjahren auch rund 40.000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden, seit 2005 sind es nun 300.000
- Die Jugendarbeitslosigkeit (15-25 Jahre) ist im gleichen Zeitraum um 57% gesunken.
- Aktuell können wir mit etwas über 10% die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1991 vermelden, 2016 könnte die Arbeitslosenquote unter 10 Prozent sinken.
- 2015 hatten wir einen neuen Tourismusrekord mit mehr als 30 Mio. Übernachtungen
- Im Ranking des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts der wirtschaftlich wichtigsten Städte Deutschlands ist Berlin in 7 Jahren um 22 Plätze auf den zweiten Platz geklettert – und liegt nur noch hinter München.
- Die Zahl der Empfänger von staatlicher Grundsicherung geht kontinuierlich zurück.
- Die Einkommen der Berliner Haushalte sind um 18 Prozent gestiegen – dabei bleibt klar, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben, um auch bei den Einkommen an Städte wie München oder Hamburg aufzuschließen. Aber die Tendenz stimmt optimistisch.

Dieser wirtschaftliche Erfolg ist die Voraussetzung für weitere Investitionen – und damit für die Gestaltung der wachsenden und solidarischen Stadt.

Und nur eine starke Berliner SPD gewährleistet, dass der wirtschaftliche Aufschwung und die daraus resultierenden Steuermehreinnahmen für neue investive Spielräume genutzt werden, um das Leben aller Menschen in Berlin jeden Tag ein bisschen besser zu machen.

Denn ohne den Aufschwung und die sprudelnden Steuereinnahmen hätten wir kaum unser SIWA-Programm mit einer halben Milliarde

Euro zusätzlicher Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt auflegen können.

Jetzt geht es darum, diese positive Entwicklung zu verstetigen. Wir wollen den Menschen in dieser Stadt beweisen, dass wir über eine positive Wirtschaftsentwicklung Berlin so weiterentwickeln, dass alle eine Zukunft haben. Und das bedeutet vor allem, weitere Arbeitsplätze zu schaffen.



Michael Müller

Regierender Bürgermeister von Berlin

© Senatskanzlei / Martin Becker

Berlin verfügt mittlerweile über eine derartige Vielzahl an prosperierenden Branchen und Wirtschaftszweigen, dass unsere Wirtschaftsentwicklung auf eine breitere Basis gestellt ist als dies noch vor Jahren der Fall war. Tourismus, Dienstleistungen und Kultur sind weiter wichtige Bereiche. Aber darüber hinaus ist Berlin wieder zunehmend ein Industriestandort und vor allem die europäische Stadt für neue und innovative Ideen, für die Kreativen, die aus der ganzen Welt zu uns kommen.

Wir haben eine europaweit einzigartige Forschungs- und Wissenschaftslandschaft. Daraus wachsen tagtäglich neue Unternehmen mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen wie zum Beispiel in Adlershof oder im Clean Tech Park für grüne Technologien in Marzahn.

Unsere Wirtschaftspolitik muss weiter darauf ausgerichtet sein, einen guten Rahmen dafür zu schaffen, Zukunftstechnologien zu entwickeln und anzuwenden. Dabei spielt die Nachnutzung des Flughafens Tegel als Wirtschaftsstandort TXL eine herausragende Rolle. In Berlin können in TXL und anderswo die Technologien entwickelt werden, mit denen wir auf den Weltmärkten konkurrenzfähig sind. Wir können die Zukunftskonzepte für Gesundheit, Mobilität, IT und das, was unter dem Stichwort Industrie 4.0 läuft, hier bei uns in Berlin realisieren.

Mit unserer Wissenschafts- und Forschungslandschaft, den Labs und Start Ups wollen wir Experimentierfeld und gleichzeitig Produktionsstandort für die Industrie 4.0 und Smart Solutions in allen Lebensbereichen werden. Das verschafft uns den notwendigen Vorsprung vor anderen Städten. Das müssen wir durch Bereitstellung von mehr Wagniskapital, durch schnelle Hilfe bei Ansiedlungs- und Flächenwünschen und natürlich durch eine moderne Stadt-Infrastruktur weiter fördern.

Natürlich geht es uns auch im digitalen Wirtschaftssektor, bei Start Ups und in allen anderen Wirtschaftszweigen auch um Ausbildung, gute Arbeit und soziale Sicherheit.

Gerade im Bereich von Start Ups müssen wir uns darauf einstellen, dass die Lösungen nicht die sein können, die wir in traditionellen Wirtschaftsbereichen für selbstverständlich halten. Und um eine Größenordnung deutlich zu machen: in den Start Ups arbeiten um die 60.000 Menschen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen im Wirtschaftsbereich wieder mehr wagen. Wir brauchen eine Vision für Berlin, die über die nächsten Monate und vielleicht auch über die nächste Legislaturperiode hinausgeht. Diese Vision ist für mich, ein erfolgreiches Berlin, in dem allen Menschen die Chance auf einen Arbeitsplatz und damit auf gesellschaftliche Teilhabe geboten wird. Hier wollen und müssen wir uns wieder als Staat auch stärker organisatorisch und finanziell engagieren. Dafür erwarten wir aber auch den Willen zur Teilhabe durch Bildung und Arbeit.

Wir werden diesen Anspruch nicht von heute auf morgen erfüllen können. Vollbeschäftigung und Integration durch Arbeit erfordern einen langen Atem. Aber wir müssen jetzt die Grundlagen legen.

Dabei sind folgende Dinge wichtig:

- Wir müssen Wirtschafts- und Arbeitspolitik noch mehr als gemeinsame Herausforderung von Politik, Wirtschaft und natürlich auch Gewerkschaften verstehen. Hier ist bei allen Akteuren Flexibilität gefragt. Hier ist die gemeinsame Aufgabe Flüchtlingsintegration auch eine Chance, viele Dinge neu zu denken und gemeinsam zu verabreden.
- Wir müssen kontinuierlich die Möglichkeiten zur Netzwerkbildung zwischen etablierten Unternehmen, Forschung, Universitäten und Start Ups – beispielsweise mit den Berliner Zukunftsorten – stärken. Die im „Berliner Kreis zur Digitalisierung“ gemeinsam mit der TU entwickelten Grundlagen wollen wir jetzt konsequent umsetzen.
- Außerdem werden wir auch im öffentlichen Dienst für den erhöhten Personalbedarf der wachsenden Stadt in den Bezirks- und Hauptverwaltungen nicht nur mehr Personal anstellen, sondern auch die Ausbildungsquote weiter erhöhen und die Auszubildenden übernehmen.
- Wir müssen zur Gewinnung von mehr Fachkräften künftig das Thema Digitalisierung im Rahmen der beruflichen Ausbildung stärker in den Blick nehmen. Denn durch die Digitalisierung ergeben sich auch für Ausbildungsberufe neue Anforderungen. Wir müssen darum gemeinsam mit den Tarifparteien und Ausbildungsträgern überlegen, wo und wie bestehende Berufsbilder um Ausbildungsinhalte zum Thema Digitalisierung in einem ersten Schritt für alle Berufsfelder zügig ergänzt werden können. Darüber hinaus werden neue Ausbildungsberufe perspektivisch nötig sein. Hierzu müssen wir in Absprache mit den wichtigen Akteuren auf Bundesebene Initiativen ergreifen.

- Durch ein neu einzurichtendes Duales Abitur - einer Ausbildung, in der man gleichzeitig einen Beruf erlernt und die Allgemeine Hochschulreife erwirbt, können wir mehr junge Menschen für nicht-akademische Berufe begeistern und auch zeigen, dass man auch als Nicht-Akademiker ein erfülltes Berufsleben führen kann.

Aber auch für Flüchtlinge wollen wir Perspektiven schaffen:

- Die Integration der Flüchtlinge müssen wir über Bildung und vor allem Arbeit betreiben. Hierfür werden wir Bundesprogramme über die Bundesagentur für Arbeit genauso benötigen wie genügend Plätze zur Berufsorientierung.
- Die Wirtschaft ist aufgerufen, zur Unterstützung ein großes Praktikumsprogramm aufzulegen, um die anstehenden Berufsqualifizierungen sinnvoll auszurichten. Mir schwebt hier in Anlehnung an das Freiwillige ökologische Jahr etwas Ähnliches vor – ein „freiwilliges industrielles Praktikum“. Staatlicherseits müssen hier vom Bund und Land unterstützend Mittel und Organisation bereitgestellt werden und es dürfen keine regulären Arbeitsplätze dadurch gefährdet werden.
- Wir müssen uns aber auch darüber im Klaren werden, dass viele Menschen bei uns leben und zu uns – nicht nur als Flüchtlinge – kommen, die wir auch mit einer geringen Qualifikation in den Arbeitsmarkt integrieren müssen. Solche Tätigkeiten gibt es gerade im öffentlichen Raum. Davon können alle profitieren. Vieles wird nur durch staatliche Förderungen und Programme möglich sein. Ein Muss ist dabei auch hier: Es darf keine reguläre Arbeit verdrängt, sondern es muss neue geschaffen werden. Ein erster Schritt dazu ist, dass Flüchtlinge mehr Verantwortung in den vielen Bereichen ihrer Unterkünfte übernehmen und vielleicht auch darüber eine Berufsorientierung erfahren.

Einiges werden wir und müssen wir angesichts der Integrationsaufgabe schnell umsetzen, anderes muss langfristiger angelegt werden und wirken.

Natürlich können wir am Ende nur erfolgreich sein, wenn Politik von der Bundes- bis zur Kommunalebene, Tarifpartner und die verschiedenen Wirtschaftszweige es als eine gemeinsame Aufgabe verstehen, den Menschen durch Arbeit eine wirkliche Chance auf Teilhabe zu geben.

Seminare zum Bezirksverwaltungsrecht

Im Vorfeld der anstehenden BVV-Wahlen bietet die SGK Berlin e.V. für alle angehenden sowie amtierenden Bezirksverordneten und Bürgerdeputierten zwei Seminare zum Bezirksverwaltungsrecht an. Die Seminare sollen das notwendige rechtliche Rüstzeug für die bezirkspolitische Arbeit geben.

Einführungsseminar: Samstag, 9. April 2016, 11 – 15 Uhr

Das bereits in der Vergangenheit erfolgreich durchgeführte Einführungsseminar richtet sich insbesondere an angehende Bezirksverordnete und Bürgerdeputierte und bietet einen Überblick über den Verwaltungsaufbau des Landes Berlin, die Aufgaben von BVV und Bezirksamt, die Rechte und Pflichten von Bezirksverordneten und Bürgerdeputierten sowie die Beteiligung der EinwohnerInnenschaft.

Anmeldung bitte per Mail an info@sgk-berlin.de. Teilnahmegebühr 10,- €, beide Seminare im Paket 15,- €. Für Mitglieder der SGK ist die Teilnahme unentgeltlich. Der Beitritt zur SGK ist am Seminartag vor Ort möglich.

Sozialdemokratisches Profil – Ergebnisse der Fraktionsklausur von Raed Saleh

Auf unserer Fraktionsklausur in Jena haben wir gemeinsam mit unserem Regierenden Bürgermeister Michael Müller wichtige Zukunftentscheidungen getroffen. Wir wollen eine familienfreundliche Stadt entwickeln, in der Bildung beitragsfrei und qualitativ stark ist. Die Probleme der Berliner Verwaltung werden wir offen ansprechen und vorhandene Probleme lösen. Eine starke Wirtschaft und gute Arbeit sind für uns auch im Wahljahr die zwei Standbeine der Sozialdemokratie. Die Integration gehen wir mit Vernunft und Pragmatismus an, ohne Tabus und ohne Ressentiments.

Wir werden nach der Abschaffung der Kitagebühren für die ersten drei Kitajahre auch die Hortgebühren abschaffen. Dabei wird auch die Bedarfsprüfung abgeschafft. Das entlastet Familien mit kleinen und mittleren Einkommen stärker als jede Steuerreform und reduziert Bürokratie. Das ist ein wichtiges Zeichen sozialdemokratischer Stadtpolitik: Bei uns soll Bildung von der Krippe bis zur Uni beitragsfrei sein. Auch bei der Hortbetreuung werden wir wie bei den Kitas gleichzeitig die Qualität stärken. Wir wollen Berlin zur familienfreundlichsten Stadt Europas machen.

Mit dem neuen SIWA-Fonds, der mit den Haushaltsüberschüssen des letzten Jahres gespeist wird, werden wir weiter die Schulsanierung verstärken. 70 Mio. Euro werden für die Schulsanierung verwendet. Dabei bieten wir eine zentrale Umsetzung der Sanierungsmittel an, um die oft überlasteten bezirklichen Bauämter zu entlasten. 20 Mio. Euro werden wir für den weiteren Ausbau von Kitaplätzen bereitstellen. Zur Wiedererrichtung von Turnhallen nach der Belegung als Notunterkünfte für Flüchtlinge werden wir 5 Mio. Euro bereitstellen, die zusätzlich zum regulären Schul- und Sportanlagenansierungsprogramm fließen.

Nach den jahrelangen Entbehrungen in der Berliner Verwaltung haben wir die Schaffung von mehr Personal in der wachsenden Stadt durchgesetzt. Allein im neuen Doppelhaushalt werden über 4.100 neue Stellen geschaffen. Über 27.000 Stellen werden in den nächsten Jahren neu besetzt. Jetzt müssen für eine moderne Verwaltung auch die Rahmenbedingungen kommen: Wir werden prüfen, ob das Personalmanagement zentralisiert werden kann. Quereinsteigern und Lebensälteren soll der Einstieg in den öffentlichen Dienst ermöglicht werden. Mit Verbesserungen der IT, einheitlichen Musterarbeitsplätzen und einem ITDZ, das sich an den realen Bedarfen der Verwaltung ausrichtet, wollen wir zu zeitgemäßen Arbeitsweisen kommen.

Die SPD ist in den letzten Jahren entschlossen für gute und sichere Arbeitsplätze eingetreten, tarifgebunden und ohne Befristungen. Mit dem Landesmindestlohngesetz und dem Vergabegesetz haben wir schon vorab den Mindestlohn für städtische Aufgaben sowie die gleiche Bezahlung von Mann und Frau, Ost und West im Einflussbereich des Landes durchgesetzt.



Raed Saleh

Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Abgeordnetenhaus

Beim Technikmuseum Berlin haben wir gezeigt, dass wir nicht nachgeben, wenn ohne Begründungen immer wieder Befristungen ausgesprochen werden, wie das beim Besucherdienst in einer Tochtergesellschaft des Technikmuseums der Fall war. Um uns durchzusetzen haben wir eine Haushaltssperre verhängt. Das war ein wichtiges Signal an alle Landesunternehmen, dass wir konsequent unsere Vorgaben für gute und sichere Arbeit durchsetzen. Nun werden wir mit den Berliner Hochschulen einen „Pakt für gute Arbeit“ verhandeln, um bei jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die oft in prekären Arbeitsbedingungen stecken, faire und sichere Rahmenbedingungen zu schaffen.

In der Flüchtlingspolitik haben wir deutlich gemacht, dass wir das aufgeheizte gesellschaftliche Klima ernst nehmen und uns nicht an einer Polarisierung der Debatte beteiligen. Anders als die Konservativen, die jede Woche neue Vorschläge präsentieren, arbeiten wir sachlich und pragmatisch an Lösungen. Mit dieser Haltung der Vernunft stehen wir in der Mitte der Gesellschaft, die jede Form von Extremismus gegenüber Fremden, religiösen Fanatismus und Respektlosigkeit gegenüber Frauen ablehnt und entschlossen bekämpft.

Wir gehen mit einem erkennbar sozialdemokratischen Profil ins Wahljahr 2016: Wir wollen eine familienfreundliche Stadt schaffen, in der das soziale Miteinander stark ist.

Seminare zum Bezirksverwaltungsrecht

Vertiefungsseminar: Samstag, 23. April 2016, 11 – 15 Uhr

Das erstmals aufgelegte Vertiefungsseminar setzt das Einführungsseminar inhaltlich fort und vertieft eine Reihe von Einzelaspekten. Es richtet sich daher sowohl an alle interessierten TeilnehmerInnen des ersten Seminars als auch an bereits amtierende Bezirksverordnete und Bürgerdeputierte, die ihre schon vorhandenen Grundkenntnisse erweitern möchten.

Betrachtet werden etwa Fragen des Wahl- und Fraktionsrechts, der Bildung und Zusammensetzung der Ausschüsse, des BVV-Vorstandes und des Bezirksamtes sowie Einzelfragen zu Abstimmungen und Ordnungsmaßnahmen. Neben rechtlichen Fragen werden auch Tricks und Kniffe für den Umgang mit den Formalien vermittelt.

Anmeldung bitte per Mail an info@sgk-berlin.de. Teilnahmegebühr 10,- €, beide Seminare im Paket 15,- €. Für Mitglieder der SGK ist die Teilnahme unentgeltlich. Der Beitritt zur SGK ist am Seminartag vor Ort möglich.

Die Berliner SPD startet erfolgreich in das Wahljahr 2016

von Jan Stöß

Die Berliner SPD wird mit einer Politik für ein menschliches Wachstum in den Wahlkampf 2016 ziehen. Berlin wächst seit Jahren rasant. Wenn die Bevölkerungszahl steigt, dann kommt zusätzliche Kaufkraft in die Stadt und es entstehen zusätzliche Jobs. Wir begreifen dieses Wachstum als große Chance für Berlin und wollen, dass es bei den Berlinerinnen und Berlinern ankommt. Deshalb müssen wir noch mehr in die Zukunft unserer Heimatstadt investieren – in Bildung, in Wohnraum, in Infrastruktur und in eine leistungsfähige Verwaltung. Wir wollen die solidarische Stadt, ein Berlin, in dem man füreinander da ist.



Jan Stöß
Landesvorsitzender der SPD Berlin

Landesvorstand berät den Wahlprogrammmentwurf

Am 16. Januar 2016 kam der SPD-Landesvorstand zu einer Klausurtagung zusammen, um den ersten Entwurf unseres Wahlprogramms für die Abgeordnetenhauswahl im September zu befassen. Bei seiner Sitzung am 8. Februar hat sich der Landesvorstand erneut mit dem Wahlprogramm beschäftigt und einen Entwurf beschlossen, der zur Diskussion an die Abteilungen, Kreise und Arbeitsgemeinschaften geht. Die SGK Berlin ist herzlich aufgefordert, ihre kommunalpolitische Expertise in den Diskussionsprozess einzubringen. Endgültig beschließen wird das Wahlprogramm dann natürlich ein Landesparteitag noch vor der Sommerpause.

Gute Bilanz der SPD-Politik für Berlin

Seit die SPD den Regierenden Bürgermeister stellt, geht es mit Berlin bergauf. Berlin ist heute eine weltweit attraktive Metropole. Wir haben die Unterschiede zwischen Ost und West verringert – Berlin ist heute tatsächlich eine Stadt. Wir haben mit unserer Wirtschaftspolitik für viele neue und zusätzliche Arbeitsplätze gesorgt. Und mit unserer Haushaltspolitik haben wir es geschafft, den Haushalt zu konsolidieren und neue finanzielle Spielräume zu schaffen. Die Berlinerinnen und Berliner wissen, dass wir Berlins Aufstieg erfolgreich gestaltet haben, nicht ohne Grund führen wir in den Umfragen seit langem deutlich vor den politischen Mitbewerbern.

Drei Schwerpunkte im Wahlprogramm: Arbeit, Wohnen, Bildung

Unser Wahlprogramm hat drei Schwerpunktbereiche: Arbeit und Wirtschaft, Wohnen und Stadtentwicklung sowie Bildung und Wissenschaft. Wir kämpfen mit ganzer Kraft dafür, Vollbeschäftigung zu erreichen. Wir sorgen durch den Neubau von städtischen Wohnungen dafür, dass die Mieten in Berlin bezahlbar bleiben. Und wir arbeiten daran, dass alle die bestmögliche und gebührenfreie Bildung bekommen. Darüber hinaus enthält es noch zahlreiche weitere konkrete Vorschläge für alle relevanten Politikbereiche. Die große Herausforderung der Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge spielt natürlich in allen Bereichen eine große Rolle.

Wir wollen Berlin gestalten

Die Berliner SPD hat inzwischen in allen 78 Wahlkreisen ihre Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Bis zum Sommer läuft noch unsere Kampagne „Wachstum menschlich gestalten – füreinander“. Unser Ziel ist klar: Wir wollen die Abgeordnetenhauswahl gewinnen und die führende politische Kraft in Berlin bleiben.

Aktuelle Zahlen zur Asylbewerber-Unterbringung in den Bezirken

Landesamt für Gesundheit und Soziales Berliner Unterbringungsleitstelle		LAGeSo 	
Verteilung auf die Bezirke - Unterbringung Asylbewerber Stand		02.02.2016	
Bezirke	Kapazität	Belegung	
Tempelhof-Schöneberg	5.942	4.841	
Lichtenberg	5.933	5.726	
Charlottenburg-Wilmersdorf	5.469	5.388	
Spandau	4.700	4.633	
Treptow-Köpenick	3.870	3.698	
Pankow	3.632	3.661	
Mitte	3.102	3.047	
Reinickendorf	2.824	2.734	
Marzahn-Hellersdorf	2.805	2.805	
Steglitz-Zehlendorf	2.682	2.597	
Friedrichshain-Kreuzberg	2.165	2.147	
Neukölln	1.143	1.130	
Gesamt	44.267	42.407	

Quelle: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Enquete-Kommission bringt Berliner Energiewende auf Kurs

von Daniel Buchholz

2015 war das mit Abstand wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Dieser Hitzerekord ist ein weiterer Beleg, dass wir den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen umgehend und deutlich reduzieren müssen. Das Ende des fossilen Zeitalters ist auch in Deutschland und seiner Hauptstadt Berlin einzuläuten. Die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ des Abgeordnetenhauses hat das in ihrem 300-seitigen Abschlussbericht mit vielen Fakten und Empfehlungen untermauert.

Von Mai 2014 bis November 2015 tagte die Enquete-Kommission 23mal. In den zum Teil bis in die Nacht dauernden Sitzungen wurde mitunter um jeden Satz gerungen - genauso wie bei den großen Klimakonferenzen. Zum Erfolg haben sechs stimmberechtigte ExpertInnen und elf Abgeordnete beigetragen. Für die SPD-Fraktion waren Jörg Stroedter als engagierter Vorsitzender, Irene Köhne, Nikolaus Karsten und Daniel Buchholz als energiepolitischer Sprecher dabei.

Die Beschlüsse der Enquete-Kommission sollen die Energiepolitik über die laufende Legislaturperiode hinaus prägen. Formal haben sie zwar nur empfehlenden Charakter, ihre politische Stärke liegt aber in der weitgehenden Einstimmigkeit. Nur drei Minderheitenvoten bei 300 Berichtsseiten unterstreichen: in der Enquete-Kommission ist es gelungen, alle einzubinden und Parlamentsarbeit über die üblichen Gräben zwischen Regierung und Opposition hinweg zu gestalten.

Der Klimawandel stellt uns alle vor große Herausforderungen. Berlin will bis zum Jahr 2050 klimaneutral sein, Vorbildregion für andere Metropolen werden und einen Beitrag zum Erreichen des internationalen 2-Grad-Klimaschutzziels leisten. Unter dieser Prämisse empfiehlt die Enquete-Kommission bis zum Jahr 2020 den Ausstieg aus der Nutzung der Braunkohle, bis 2030 auch aus der Steinkohle sowie bis 2050 die Umstellung der gesamten Energieversorgung auf erneuerbare Energiequellen in enger Verzahnung mit Brandenburg. Das wäre ein massiver Strukturwandel!

Diese ehrgeizigen Ziele erreichen wir nur gemeinsam. Gefragt sind neben der Energiewirtschaft auch Landesregierung, Abgeordnetenhauses, Bezirke sowie Verbraucherinnen und Verbraucher, um den Energieverbrauch zu reduzieren, die Energieeffizienz zu erhöhen. Zentral ist die energetische Gebäudesanierung, denn die Gebäude sind für fast 50 % der Berliner Treibhausgasemissionen verantwortlich. Hier setzt die Kommission auf die Vorbildfunktion des öffentlichen Bereichs. Neubauten sollten ohne Abstriche ihren Beitrag zum klimaneutralen Berlin leisten.

Die Enquete-Kommission empfiehlt den zügigen Beschluss des Energiewendegesetzes, unseres Klimaschutzgesetzes für die Stadt, dessen Entwurf Umweltsenator Geisel vorgelegt hat. Die Berliner Klimaschutzziele für die Jahre 2020, 2030 und 2050 erhalten so Gesetzesrang und werden über die Legislaturperiode hinweg verbindlich.



Daniel Buchholz

Sprecher für Umwelt und Energie der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus

Für die Strom- und Gasnetze werden die vollständige Rekomunalisierung und ein integrierter Netzbetrieb empfohlen. Die Netze sollen denen gehören, die sie nutzen – den Berlinerinnen und Berlinern, die auf diese Weise die Energiewende mitgestalten können. Langfristig wird auch die Wärmezeugung verstärkt mit Erneuerbaren Energien erfolgen – durch Solarenergie, Geothermie oder „Power-to-Heat“.

Die Berliner Stadtwerke als Tochter der Wasserbetriebe und 100% kommunales Unternehmen sollen zügig ausgebaut werden. Inzwischen kann hier jede und jeder Kunde werden und kostengünstig Erneuerbaren Strom beziehen! Die Kommission empfiehlt einen schnellen Ausbau der Ökostrom-Erzeugung und mehr Handlungsmöglichkeiten für die Berliner Stadtwerke am Energiemarkt.

Der Strukturwandel der Berliner Energieversorgung ist eine gewaltige Aufgabe, doch eine Alternative gibt es nicht. Die Herausforderung gemeinsam anzugehen ist ein zukunftsweisender Weg, den die Kommission erfolgreich erprobt hat. Der Bedeutung des Themas entsprechend ist das öffentliche Interesse groß. Zur Vorstellung des Abschlussberichts am 11. November 2015 kamen mehr als 300 Interessierte ins Abgeordnetenhaus und diskutierten engagiert mit. Das Ziel ist es nun, die Empfehlungen im Berliner Landesparlament Stück für Stück umzusetzen.

Schulgartentag am 13. Juni: Grün macht Schule

„Grün macht Schule“ informiert, berät und betreut seit 1983 Schulen und schulische Initiativen bei der Planung und Durchführung von Umweltprojekten, insbesondere bei der Schaffung und Gestaltung kindgerechter, naturnaher Freiflächen und ökologischer Lernorte auf Schulgeländen.

Schwerpunkte sind die Durchführung von regionalen und überregionalen Fortbildungsveranstaltungen und die Begleitung und Koordination von Planungs- und Bauprozessen in enger Kooperation mit Landschaftsplaner/innen und den beteiligten Verwaltungen und Organisationen. Oberste Prinzipien von „Grün macht Schule“ sind die Hilfe zur Selbsthilfe und die Beteiligung der Lehrer/innen und insbesondere Schüler/innen, aber auch der Eltern und des Schulumfeldes an allen Phasen der Umgestaltung sowie die Inte-

gration der Schul(hof)projekte in den Lern- und Lebensalltag der Schüler/innen.

Statt großflächiger, übersichtlicher, aber erlebnisarmer Schulhöfe entstanden in den letzten Jahren mit Unterstützung von „Grün macht Schule“ in Berlin immer mehr kleinräumige, mit fantasievollen künstlerischen Objekten, Spiel-, Bewegungs- und Kommunikationsangeboten angereicherte Schulhöfe, die auch außerhalb der Schulzeit genutzt werden können.

Am 13. Juni findet der 4. Berliner Schulgartentag für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Erzieherinnen und Erzieher an verschiedenen Veranstaltungsorten statt. Nähere Informationen finden sich unter <http://www.gruen-macht-schule.de/>

Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich: Zurück auf Los?

von Cansel Kiziltepe

Anfang Dezember haben sich die Ministerpräsidenten der Länder auf einen Kompromiss für die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geeinigt. Alle Länder sollen dabei besser gestellt werden. Hierfür sind nach Ansicht der Länder 9,6 Mrd. Euro nötig, die vom Bund kommen sollen. Das hört sich erst einmal nach sehr viel Geld an. Aber im allerersten Vorschlag des Finanzministers hatte der Bund den Ländern bereits 6,8 Mrd. Euro angeboten. Von Seiten der SPD-Bundestagsfraktion gibt es jedoch scharfe Kritik am Ländervorschlag. Um die Differenzen zu verstehen, bedarf es einer knappen Erläuterung des bestehenden Systems.



Cansel Kiziltepe
Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Länderfinanzausgleich (LFA) hat vier Stufen. In der ersten Stufe werden die Steuereinnahmen auf die Länder „zerlegt“, wie es im Gesetz heißt. In der zweiten Stufe erfolgt vorab bereits eine Umverteilung zwischen den Ländern über die Umsatzsteuer. Finanzstarke Länder erhalten weniger Umsatzsteueranteile als ihnen eigentlich pro Einwohner zustünden. Es finden jedoch keine direkten Zahlungsströme zwischen den Ländern statt. Das Umverteilungsvolumen ist bei diesem „Vorabausgleich“ mit 12,8 Mrd. Euro höher als in der dritten Stufe, dem Länderfinanzausgleich im engeren Sinne (LFA i.e.S.). Hier fließen aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg insgesamt 9 Mrd. Euro an die Nehmerländer. In der vierten und letzten Stufen unterstützt der Bund die besonders finanzschwachen Länder mit weiteren 3,5 Mrd. Euro.

Öffentlich wahrgenommen wird meist nur der LFA i.e.S., die dritte Stufe, gegen die sich auch die anhängige Verfassungsklage von Bayern und Hessen richtet. Das Umverteilungsvolumen sei zu groß und die Effekte seien anreizfeindlich, so die Klageschrift. Dabei ist der Anteil der Ausgleichszahlungen an der Finanzkraft aller Länder seit 2005 sogar von 3,5% auf 3% gesunken. Unter Staatsrechtlern gibt es daher keine gewichtigen Stimmen, die mit einem Erfolg der Klage rechnen.

Eine wichtige Verschiebung gab es dennoch. In den letzten 20 Jahren wurde Nordrhein-Westfalen vom größten Geberland zum Nehmerland. Hier spiegelt sich der unbewältigte Strukturwandel an Rhein und Ruhr wider. Wird jedoch der Umsatzsteuervorabausgleich zusammen mit dem LFA i.e.S. betrachtet, so wird NRW vom Nehmer- wieder zum Geberland. Die zentrale Forderung von Düsseldorf in den Verhandlungen war daher von Anfang an, den Umsatzsteuervorabausgleich in den LFA i.e.S. zu integrieren. Dann wären aber die sichtbaren Zahlungen der Geberländer deutlich gestiegen, was für diese nicht verhandelbar war.

Um diese gegensätzlichen Interessen in Einklang zu bringen, schlagen die Länder nun vor, den LFA i.e.S. in den Umsatzsteuervorabausgleich zu integrieren. Es gäbe dann keine direkten Zahlungsströme mehr zwischen den Ländern. Aus Nordrhein-Westfalen würde zudem rein rechnerisch wieder ein Geberland.

Damit am Ende alle Länder besser gestellt werden, wird an sehr vielen Stellschrauben gedreht. Der Ausgleich wird auf einen linearen Tarif umgestellt und die kommunale Finanzkraft nun zu 75% einbezogen. Die Länder erhalten Umsatzsteuerpunkte im Wert von 4 Mrd. Euro. Bei der Einwohnerwertung bleibt es beim Stadtstaatenprivileg, was für Berlin ein wichtiger Erfolg ist. Bei den Bundesergänzungszuweisungen werden der Angleichungsgrad erhöht und neue Ergänzungszuweisungen für Länder mit schwacher kommunaler Finanzkraft geschaffen. Weitere Ausgleichshilfen erhalten Länder, die bisher wenig von der Forschungsförderung des Bundes profitieren. Das Saarland und Bremen erhalten darüber hinaus jeweils 400 Mio. Euro Zinshilfen.

Nach allen Stufen des Finanzausgleichs würde Berlin im Jahr 2019 pro Einwohner 141 Euro mehr erhalten. Das ist mehr, als Berlin in 2019 als letzte Zahlung im Solidarpaket II erhält. Bei den Flächenländern schwanken die Zugewinne (ohne Zinshilfen) zwischen 87 Euro für Nordrhein-Westfalen und 224 Euro für Mecklenburg-Vorpommern. Auch die übrigen ostdeutschen Flächenländer profitieren überproportional. Da diese zugleich besonders finanzschwach sind, steigt im Ergebnis die Ausgleichsintensität.

Doch die Ausgleichswirkungen sind ganz anders, wenn wir den LFA i.e.S. betrachten, also die Bundesergänzungszuweisungen außen vor lassen. Nach Berechnungen der Universität Leipzig steigt die Spreizung der Finanzkraft von 10,5 auf 18,2 Prozentpunkte. Die horizontale Umverteilungskomponente verliert stark an Bedeutung, so dass der Bund vertikal einspringen muss.

An diesem Punkt setzt die Kritik der SPD-Bundestagsfraktion an, die eine Gefährdung der „bündischen Solidarität“ im Fiskalföderalismus sieht: Die reichen Länder entledigen sich ihrer Pflicht zur Solidarität und schicken die armen Länder zum Bund, der sie dauerhaft alimentieren muss. Auch das Grundgesetz fordert, dass „die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird“. Ich teile daher die Kritik der Fraktion.

Richtig finde ich auch die Forderung, dass die kommunale Finanzkraft auf 100% erhöht werden sollte. Das war immer auch die Position Berlins. Darüber hinaus fordert die SPD-Fraktion einen Solidarpaket III, um der Staatszielbestimmung der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ weiterhin gerecht zu werden. Diese Forderung wurde lange Zeit auch von Nordrhein-Westfalen vertreten, dessen Steuerkraft im vergangenen Jahr erstmals unter der von Berlin lag.

Der Vorschlag der Fraktion enthält drei weitere wesentliche Aspekte. Einmal soll der Bund bei der Steuerverwaltung die Kompetenz zu eigener Schwerpunktbetriebsprüfung bekommen. Denn seit Jahren ist bekannt, dass durch unzureichende Betriebsprüfung dem Fiskus Milliarden entgehen. Besonders schlecht ist die Prüfdichte in den wirtschaftsstarken südlichen Ländern. Diese Forderung wäre ein guter Kompromiss, da die Übertragung der Steuerverwaltung auf den Bund für die Länder untragbar ist.

Der zweite Knackpunkt ist die Bündelung der Verantwortung für Bau und Unterhalt der Bundesfernstraßen in einer öffentlich-rechtlichen Bundesanstalt. Bisher organisieren die Länder dies im Auftrag des Bundes selbst. Letztlich geht es hierbei um die Umgehung der Schuldenbremse, denn die Kreditaufnahme einer solchen Gesellschaft würde weder bei der Schuldenbremse noch beim EU-Fiskalpakt angerechnet. Die öffentlichen Investitionen könnten so steigen. Auch dies ist ein diskutabler Vorschlag, da

klargestellt wurde, dass jegliche Privatisierung von öffentlichem Eigentum ausgeschlossen ist.

Drittens lehnen wir als Fraktion eine eigene Gesetzgebungskompetenz im Sozialbereich ab. Denn unterschiedliche Standards bei Leistungsgesetzen widersprechen diametral dem Staatsziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Die Formulierung im Beschluss der Länder war so unklar und interpretierbar, dass diese Klarstellung der Fraktion dringend geboten war. Denkbar ist aber auch, dass die Länder nur bei der Art und Weise der Erfüllung einheitlicher Rechtsansprüche mehr Freiraum bekommen sollen. Letztlich geht es hierbei um das Verhältnis zwischen Kostenträgern (Land und Kommunen) und Leistungserbringern (Sozialträgern). Hier bin ich

– ebenso wie unser Finanzsenator – offen für eine Debatte. Denn schon 2010 hatte Berlin im Kontext der „Maseratiaffäre“ bei der ehemaligen Treberhilfe Berlin über eine Bundesratsinitiative versucht, mehr Transparenz und eine bessere Kontrolle der Finanzierung sozialer Dienstleistungen durchzusetzen.

Die Fraktion hat deutlich gemacht, dass eine Verabschiedung in dieser Legislaturperiode nur angestrebt wird, wenn deutlich nachgebessert wird. Andernfalls müsse der bestehende Finanzausgleich über das Jahr 2019 hinaus entfristet werden.

Kurzum: Die Verhandlungen zum Bund-Länder-Finanzausgleich haben gerade erst richtig begonnen.

Spandau schuldenfrei !

von Christian Haß

Im Bezirk Spandau hat die Rot-Grüne Zählgemeinschaft am 16.09.2015 einen ausgeglichenen Haushalt beschlossen. Dabei wurde gerade im Jugend, Bildungs, Sozial und Verkehrsbereich die Schwerpunkt gesetzt.

Was haben wir aus sozialdemokratischer Sicht erreicht:

- Etablierung eines Kinder und Jugendbeauftragten in 2016 und 2017
- Gebärdendolmetscher im Rathaus Spandau etablieren
- Aufstockung des Ansatzes der Förderung freier Träger der Jugendarbeit
- Zusätzliche Schwimmbangebote in den Ferien
- Weiterführung der beiden Schulumweltzentren und der Jugendverkehrsschulen
- Dienstleistungspauschale für den Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk
- Erhalt des Projektes SPAX
- Ausbau der Generationsbrücke für Jung und Alt
- Ein größerer Raum für die Seniorenvertretung im Rathaus Spandau
- Erhalt der Bruno-Gehrke-Halle für den Spandauer Sport
- Verbesserung im Bürger- und Standesamt und im Ordnungsamt
- Erhöhung der Grünanlagenunterhaltung
- Unterhaltung vom Straßenland im Jahre 2016 wird aufgestockt.
- Stärkung der Volkshochschule, Musikschule und Stadtbibliothek

Natürlich konnten nicht alle Projekte finanziert werden. Gerade wenn es um Doppelstrukturen geht, muss man verantwortlich handeln.

Die Jugendberufsagentur hat im letzten Jahr (Oktober 2015) seine Arbeit aufgenommen. Es fanden bereits jetzt schon Vorbereitungen in den Schulen für die zukünftige Arbeit der Jugendberufsagentur und den Lehrerinnen und Lehrer statt. Wir haben die Konzepte zwischen Vorfahrt für Spandauer Schülerinnen und Schüler einen privaten Träger und der Jugendberufsagentur verglichen. Das was der private Träger „Vorfahrt für Spandauer Schülerinnen und Schüler“ bisher durchführte ist vom Auftrag der Jugendberufsagentur im



Christian Haß

Vorsitzender der SPD-Fraktion Spandau, Sprecher der AG der SPD-Fraktionsvorsitzenden in den Bezirken

Zusammenhang mit dem Landeskonzept zur Studien- und Berufsorientierung eindeutig mit umfasst. Der Vorteil ist, das alle Spandauer Schülerinnen und Schüler (und nicht nur 8 Kooperationsschulen vom Casa e.V.) von diesem Angebot profitieren sollen. Im Rahmen des Konzeptes der Jugendberufsagentur in Verbindung mit dem Landeskonzept zur Studien- und Berufsorientierung ist auch vorgesehen, Stellen an den Schulen zu schaffen bzw. Lehrerinnen und Lehrer für die Beratung zu qualifizieren und freizustellen. Dadurch sollen die Schulen ertüchtigt werden, Berufsorientierung zu machen- und zwar landesweit und qualitätsgesichert. Also kurz gesagt, jetzt übernimmt der Staat diese wichtige Aufgabe gegenüber einem privaten Träger. Das ist für eine gesicherte vorbereitende Berufsorientierung der richtige Weg!

Durch die vielen geflüchteten Menschen im Bezirks Spandau wurden auch die Ansätze von mindestens 10.000,- Euro pro Jahr für Deutschlernbücher und 5.000,- Euro pro Jahr für Bücher in leichter Sprache in den Haushalt hineingenommen.

Noch kein SGK-Mitglied?

Das lässt sich ändern.

Beitrittserklärungen nimmt die Geschäftsstelle der SGK Berlin gern entgegen.

E-Mail: info@sgk-berlin.de

Tel.: 030 / 46 92 - 134

SGK Berlin

Neues aus dem Unterausschuss Bezirke

von Dr. Clara West

Auch in der letzten Sitzung des Unterausschusses Bezirke drehte sich Vieles um das Thema Flüchtlinge und die Stellenbesetzungsverfahren bei den Bürgerämtern, dazu hatte ich in der vorangegangenen Ausgabe berichtet.

Vorab aber noch ein anderes Thema: Vor gut einem Jahr traten im Rahmen der Reform des Berliner Rahmenvertrages Soziales (BRV) neue Prüfregelein in Kraft. Diese regeln die Dienstleistungen in den Bereichen Eingliederungshilfe, Hilfe bei besonderen sozialen Schwierigkeiten und die Hilfe zur Pflege. Hintergrund für diese Vertragsreform war der Skandal um den Berliner Obdachlosenverein Treberhilfe vor vier Jahren. Dieser Fall hat uns allen schmerzlich vor Augen geführt, wie wichtig eine funktionierende Kontrolle von Trägern ist, die im Auftrag der öffentlichen Hand soziale Dienstleistungen wie etwa Pflege oder eben auch Obdachlosenhilfe leisten. Die neue Prüfregelung ermöglicht es nun dem Träger der Sozialhilfe (nicht dem Träger der betroffenen Einrichtung!) – also dem Land Berlin – die Qualität der Leistungen, für die er bezahlt, jederzeit selbst oder durch einen beauftragten Dritten zu überprüfen. Einen konkreten Anlass hierfür muss es nun nicht mehr geben. Die Einrichtung wiederum ist verpflichtet, eine derartige spontane Prüfung jederzeit zu ermöglichen und zu unterstützen, auch durch die Übergabe aller geforderten Dokumente an den jeweiligen Prüfer.



Dr. Clara West

Sprecherin Bezirke der SPD-Fraktion
im Berliner Abgeordnetenhaus

Trotz der Tatsache, dass die neuen Regeln über ein Jahr in Kraft sind, zeigte der Bericht der Senatsverwaltung für Soziales, dass es kaum Fortschritte gibt, über die berichtet hätte werden können. Praktisch geprüft wurde bislang nämlich noch nicht, die Umsetzung wurde ausgesetzt. Erst im Laufe dieses Jahres soll eine Rahmenvereinbarung ausgeschrieben werden, mittels derer man Dritte beauftragen kann, solche anlassfreien Prüfungen durchzuführen. Die erste Prüfung wird es also frühestens am Ende des Jahres geben. Daher hat der Unterausschuss die Drucksache auch nur als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen.

Zum Themenbereich Bürgerämter lag uns eine Vorlage vor, in der dargelegt wurde, in welchen Aufgabenbereichen der Bürgerämter zusätzliche Mitarbeiter eingesetzt werden. Anlass genug, um auch darüber zu sprechen, wie wir mit den weiteren 36 Stellen umgehen werden, die wir mit den Haushaltsberatungen gerade zusätzlich beschlossen haben. Jeder Bezirk erhält in diesem Jahr nochmal drei weitere Vollzeitstellen. Erfreulicherweise geht es hier insofern gut voran, dass bereits nach wenigen Wochen ein großer Teil der Stellen besetzt wurde oder davon auszugehen ist, dass die Besetzungsverfahren in Kürze abgeschlossen sein werden. Mit Spannung erwartet der Hauptausschuss auch die Ergebnisse einer Organisationsuntersuchung zu den Bürgerämtern, die wir im Frühjahr diskutieren werden. Die Senatsverwaltung für Finanzen beleuchtet gemeinsam mit mehreren Pilotbezirken, wie man die Ef-

fizienz in den Ämtern noch verbessern kann. Zusätzliches Personal ist wichtig, aber auch die Unterschiede in der Effizienz zwischen den Bezirken lassen erwarten, dass es hier etwas zu tun gibt. Last but not least gilt es, die Innenverwaltung in die Pflicht zu nehmen, das veraltete Terminvergabeportal umgehend zu überarbeiten und nutzerfreundlich zu machen. Zu all diesen Punkten haben wir als Parlament im Dezember auch einen Antrag verabschiedet, den man als Drucksache 17/2614 in der Parlamentsdokumentation unter <http://pardok.parlament-berlin.de> herunterladen kann.

Im Unterausschuss haben wir vereinbart, dass wir das Thema zukünftig als ständigen Berichtspunkt auf die Tagesordnung nehmen und insbesondere die Umsetzung des Aufbaus eines neuen „Flüchtlingsbürgeramtes“ und die ausstehenden Stellenbesetzungen begleiten.

Auf der Tagesordnung stand auch die Ausstattung der Unterrichtsräume für Willkommensklassen. In diesem Zusammenhang haben wir auch insgesamt über die Frage beraten, wie wir es schaffen können, dass alle Flüchtlingskinder einen Platz in einer der neuen Willkommensklassen bekommen. Die Schulentwicklungsplanung wird konzeptionell laufend ergänzt, um der Entwicklung und dem großen Zuzug Rechnung zu tragen – auch erst einmal unabhängig davon, wo die Kinder herkommen. Bislang war es uns als SPD wichtig, dass der Unterricht für Flüchtlingskinder schon von Beginn an innerhalb von bestehenden Schulen stattfinden soll und hatten insbesondere ausgeschlossen, dass der Unterricht in den Unterküften durchgeführt wird. So langsam stoßen allerdings auch die Schulen an ihre räumlichen Grenzen oder es ist in der Nähe einfach nichts mehr zu finden (was speziell bei den Grundschulen problematisch ist), daher wird es nicht zu vermeiden sein, dass der Senat auch andere Möglichkeiten in Betracht zieht. D.h. dass wir nicht drum herumkommen werden, dass möglicherweise tatsächlich in den Unterküften unterrichtet wird oder beispielsweise leerstehende Schulgebäude als reine „Flüchtlingssschulen“ genutzt werden.

Wir erwarten Ende März einen Bericht hierzu und werden das Thema in der Aprilsitzung wieder aufrufen. Zumindest steht fest, dass hier noch so einige Herausforderungen zu meistern sein werden.

Bitte vormerken

Die Jahreshauptversammlung der SGK
Berlin findet am Freitag, 4. November 2016
um 17:00 Uhr statt.

Ort und Tagesordnung werden rechtzeitig
bekannt gegeben.



www.sgk-berlin.de

Baustellenmanagement in der wachsenden Stadt

von Christian Gaebler

Berlin wächst. Nach Jahren des Bevölkerungsrückgangs sind seit 2010 um rund 200.000 Menschen zugezogen. Für die nächsten Jahre wird jetzt ein Wachstum auf bis zu 4 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner im Jahre 2030 prognostiziert. Die Stadt braucht also zusätzliche Investitionen, um die Bedarfe der wachsenden Stadt zu decken.

Berlin baut. Wohnungsbau, soziale Infrastruktur und Anpassung der Verkehrsinfrastruktur rücken jetzt in den Fokus.

In Berlin werden im Jahr allein ca. 120 Millionen EUR für den Straßen- und Brückenbau nur durch den Senat und die Bezirke verausgabt. Hinzu kommen zahlreiche Vorhaben von weiteren Bauherren und diverser Leitungsbetriebe, die tagtäglich an der Instandhaltung und Modernisierung der Infrastruktur arbeiten. Deshalb ist ein funktionierendes Baustellenmanagement wichtig. Dreh- und Angelpunkt ist die verkehrsrechtliche Genehmigung der Einrichtung von Baustellen im öffentlichen Straßenland (Anordnung von Arbeitsstellen) durch die Straßenverkehrsbehörden. In Berlin ist dies für die Straßen im übergeordneten Straßennetz die Verkehrslenkung Berlin, im übrigen Straßennetz (rund 70 Prozent) eine von zwölf bezirklichen Straßenverkehrsbehörden. Allein die Verkehrslenkung hat rund 4.000 Anträge pro Jahr nur im Bereich der Anordnung von Arbeitsstellen zu genehmigen. Das ist vor dem Hintergrund der massiven Personaleinsparungen der letzten Jahre und der dadurch entstandenen Überlastungssituation eine immense Herausforderung.

Die Behörden sind aufgrund vielfach gesteigerter Antragszahlen stark aus- bzw. überlastet und stehen häufig im Mittelpunkt öffentlicher Kritik.

Um die Herausforderungen meistern zu können, wurden verschiedene Schritte eingeleitet.

Im Jahr 2013 hat der damalige Senator für Stadtentwicklung und Umwelt den Steuerungskreis Verkehrsorganisation und Verkehrslenkung einberufen. Der Steuerungskreis dient dem Austausch von betroffenen Interessensverbänden, den Kammern, von den Bezirken und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Im Steuerungskreis können die jeweiligen Belange und Verbesserungsvorschläge für die Genehmigung und Koordinierung von Baustellen auf höchster Ebene eingebracht und diskutiert werden. Dieser Dialog findet in der Regel zweimal im Jahr statt. Er wird begleitet durch direkte und verbesserte Kommunikation zwischen den bezirklichen Straßenverkehrsbehörden und der VLB und jeweils auch mit den Bauherren. Dazu gehört auch eine abgestimmte Jahresplanung mit Bezirken und Leitungsbetriebe zur Umsetzung von Bauvorhaben und jeweils ein konkreter Ansprechpartner pro Akteur, um Leerläufe und Doppelbeschäftigungen zu vermeiden. Das gegenseitige Zuschieben von Verantwortung konnte durchbrochen werden, zugunsten einer konstruktiven und lösungsorientierten Abarbeitung der vorliegenden Probleme.

Die Verbesserung der Qualität der Antragsunterlagen wurde als wichtiger Hebel zur Beschleunigung der Genehmigungsprozesse identifiziert. Vielfach sind in der Vergangenheit nicht genehmigungsfähige Antragsunterlagen durch Baufirmen und Verkehrssicherungsfirmen eingereicht worden. Über die Fachgemeinschaft Bau erfolgte eine Schulung von Firmenmitarbeitern der Bauwirtschaft. Seither hat sich Qualität der Anträge deutlich verbessert. Anordnende Mitarbeiter der VLB müssen jetzt weniger Zeit für Nachfragen aufwenden. Das hin und her schieben der Antragsunterlagen konnte

deutlich verringert werden.

Dringend notwendig war auch eine deutliche Personalaufstockung im Bereich der Anordnung von Arbeitsstellen bei der Verkehrslenkung Berlin. Allein in 2015 kamen acht neue und im Jahr 2016 kommen vier weitere Mitarbeitende zu den vorhandenen Stellen im Bereich der Anordnung von Arbeitsstellen hinzu. Lange vakante Arbeitsgebiete konnten außerdem besetzt werden. Zusätzlich muss es in den kommenden Jahren dringend gelingen, den Personalbestand bei den bezirklichen Ämtern ausreichend auszustatten. Dann können die Bezirke auch in größerem Umfang ihre Möglichkeit wahrnehmen, eigene Baumaßnahmen selbst anzuordnen.



Christian Gaebler

Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

In den vergangenen Jahren erfolgte auch eine Prozess- und Organisationsbetrachtung in der VLB. Das Genehmigungsverfahren wurde vereinfacht. Ein Nachforderungsmanagement für unvollständige Anträge installiert.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Verbesserung der Kommunikation und Erreichbarkeit bei Nachfragen durch die Bauherren und Firmen. In der Vergangenheit haben sich vielen über eine schlechte Erreichbarkeit beklagt. Mit Unterstützung der Berliner Wasserbetriebe wurde ein Call-Center als Erstanlaufstelle und Anfragemanagement eingerichtet. Mit wichtigen Bauherren, wie z. B. den Bezirken, werden jährlich Jahresabstimmungsgespräche geführt und sich auf Prioritätenlisten geeinigt. Das bringt mehr Sicherheit und Verbindlichkeit für alle Beteiligten im Prozess.

Mit den hier aufgeführten Maßnahmen wird die Leistungsfähigkeit des Baustellenmanagements in Berlin verbessert. Angesichts der vielen Sparrunden der vergangenen Jahre wäre es jedoch naiv zu glauben, dass von heute auf morgen alle Probleme sofort in den Griff zu bekommen sind. Viele Prozesse und Abläufe sind über Jahre etabliert und müssen nun, unter den geänderten Rahmenbedingungen und größeren Spielräumen, ordentlich verändert und vor allem verbessert werden. Der Berliner Senat reagiert auch im Bereich des Baustellenmanagements auf die steigenden Anforderungen der wachsenden Stadt Berlin.

"Jede Zeitschrift ist nur so gut wie die Artikel, aus denen sie besteht"

Das Forum heisst nicht nur Forum, es ist auch eins. Die Redaktion nimmt gern Beiträge, Meldungen und Hinweise rund um die Berliner Kommunalpolitik entgegen:

info@sgk-berlin.de

Mehr Raum für Industriekultur in der Hauptstadt

von Franziska Becker

Berlin ist industriell geprägt wie nur wenige Städte. Leider verblasst die Geschichte der „Elektropolis“ immer mehr. Deshalb sollte Industriekultur fester Bestandteil des Berliner Standortmarketings und der Senatspolitik werden.

Die historischen Industriebauten in Berlin begeistern jährlich Millionen von Touristen. Gebäude wie die ehemaligen Elektro- oder Heizkraftwerke, in denen weltbekannte Clubs wie Tresor und Berghain gastieren, monumentale Industriegelände wie das Deutsche Technikmuseum oder die mehr als 100 Jahre alte, denkmalgeschützte Industrielandschaft der Siemensstadt sind gigantische, teils ungenutzte Zeugen einer vergangenen Epoche. Berlin war einmal Ausgangspunkt der industriellen Revolution in Preußen und Deutschland und im 20. Jahrhundert die größte Industriemetropole zwischen Moskau und Paris. Aufgrund der herausragenden Bedeutung für die Elektro- und Eisenbahnindustrie, den Maschinenbau und die Funk- und Nachrichtentechnik, sprach man auch von der Elektropolis Berlin.



Franziska Becker

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Foto: Kehmeier

Berlin ist längst zum Zentrum für Dienstleistungen, zum Magneten für die weltweite Start-up-Szene sowie Herz des bundesdeutschen Politikbetriebs geworden. Die industrielle Bedeutung schwand nach dem Ende des 2. Weltkrieges und damit zunächst auch das politische Interesse, eine Industriekultur für Berlin zu entwickeln. Die Fraktionen der SPD und CDU im Abgeordnetenhaus fordern deshalb den Senat auf, die Industriekultur noch sichtbarer zu stärken und ihr Potenzial für die Ansiedlung der Kreativwirtschaft zu nutzen. Konkret sieht der Antrag vor, die Industriekultur im überregionalen Marketing von visitBerlin zu verankern, spezielle Themenrouten zu

den bedeutendsten Orten der wirtschaftlichen Historie anzubieten sowie die Nutzung der industriellen Stätten durch kreative Unternehmen wie Start-ups, Clubs und Gastronomie zu fördern.

Ruhrgebiet als Vorbild

Wie die Industriekultur die regionale Identität prägen kann, zeigt das Ruhrgebiet. Nicht erst seit der Ruhr.2010, der Auszeichnung des Ruhrgebiets als Kulturhauptstadt Europas, gibt es eine Reihe von spannenden Projekten. Industrielle Monumente wie Fördertürme, Bergbauschächte oder Stahlwerke wurden erhalten und zu kulturellen Anziehungspunkten weit über das Ruhrgebiet hinaus entwickelt.

Die Zeche Zollverein in Essen ist nur ein Beispiel. Wo früher Bergleute und Koker im Steinkohlebergbau „malochten“, finden heute hochkarätige Ausstellungen, Konzerte, Theateraufführungen, Festivals, Messen und Märkte statt. Jährlich besuchen rd. 1,5 Mio. Personen die beiden Museen auf dem Gelände des UNESCO-Welterbes. Ähnlich sieht es im Landschaftspark Duisburg-Nord aus, auf dessen rd. 180 Ha großer Fläche neben der Nutzung als Park eine faszinierende Vielfalt an gesellschaftlichen, sportlichen und kulturellen Veranstaltungen besteht.

Das Bergbaumuseum in Bochum hat sich ebenfalls als Touristenmagnet etabliert. All das kostet Geld. Im Gegensatz zu so manch anderer Unmengen an Geld fressenden Großbaustellen im Kulturbereich verbringen die Menschen hier gerne ihre Freizeit.

Für bekannte Berliner Unternehmen aus der Zeit von Elektropolis, wie AEG, Siemens, Osram oder Telefunken, würden sich viele Möglichkeiten ergeben, um an aktuelle Themen wie Energiewende, Elektromobilität und Klimawandel anzuknüpfen. Berlin könnte als Standort für innovative Zukunftstechnologien und neue Industrien noch attraktiver werden. Das Berliner Zentrum für Industriekultur e.V. (BZI) verfolgt diesen Ansatz.

Die für 2016/2017 geplante Aufnahme einer Route der Industriekultur Berlin in das Netzwerk der European Route of Industrial Heritage ist ein sinnvoller Schritt, um mit dem Thema mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen.

Der Senat hat richtig erkannt, dass die Stätten der Industriekultur eine Inspirationsquelle für ein eigenes kulturelles Schaffen und Anknüpfungspunkte für neue regionale Wirtschaftszweige geworden sind. Industriekultur sollte für Berlin ein Zweiklang aus Sichtbarmachen und Bewahren der Zeugen der Industriegeschichte sowie ihrer Umwidmung und Neunutzung für die Zukunft bedeuten. Um wirklich etwas bewegen zu können und die Industriekultur in der Kultur- und Wirtschaftspolitik des Senats zu verankern, sind mehr finanzielle Mittel sowie weitere Netzwerke und Kooperationen zwischen Museen, Hochschulen und privaten Initiativen nötig.

Der Anfang geht auf die parlamentarische Initiative der SPD zurück.

Mehr zum Thema:

Schriftliche Anfrage „Nutzung der Potenziale der Industriekultur in Berlin I“ v. 06.12.2011 mit Antwort des Senats: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/KlAnfr/ka17-10076.pdf>

Schriftliche Anfrage „Nutzung der Potenziale der Industriekultur in Berlin II“ v. 13.07.2012 mit Antwort des Senats: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/KlAnfr/ka17-10883.pdf>

Broschüren der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/denkmal/denkmale_in_berlin/download/industrie/industriekultur_faltmappe.pdf (Teile 1-3)

Bessere Wohnung gefunden? Günstigeres Bankkonto eröffnet? Frisch vermählt? E-Mail-Adresse gewechselt?

Die SGK Berlin gratuliert herzlich zu diesen erfreulichen Ereignissen.

Allerdings nicht, ohne auf die sorgenvollen Blicke unseres Schatzmeisters und Geschäftsführers hinzuweisen.

Die erfahren nämlich nichts automatisch von neuen Adressen, Kontodaten, Familiennamen – und dürfen dann mühsam nachforschen.

Daher: Die SGK teilhaben lassen mit einer kurzen Mail an

info@sgk-berlin.de

Sichere Stadt für Frauen

von Dr. Ina Czyborra

Bereits am 26. Januar hat die SPD-Fraktion den Antrag beschlossen: Unter der Überschrift „Sichere Stadt Berlin. Sichere Stadt für Frauen.“ soll der Senat aufgefordert werden, ein spezielles Konzept „Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum“ zu entwickeln. Ziel ist, dass der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung im Landesrecht festgeschrieben wird, damit die Polizei eine eindeutige Handhabe hat, um bei sexuellen Übergriffen zweifelsfrei einschreiten zu können. Wir wollen, dass das Sexualstrafrecht präzisiert wird, indem



Dr. Ina Czyborra
Mitglied des Abgeordnetenhauses

- das vorsätzliche Berühren einer der Geschlechtssphäre zuzuordnende Körperstelle gegen den Willen einer anderen Person als Straftat ins Strafgesetzbuch aufgenommen wird,
- künftig ein ausdrücklich geäußertes „Nein“ ausreicht, um die ablehnende Haltung gegenüber einer sexuellen Handlung auszudrücken,

- der irreführende Begriff „Missbrauch“ ersetzt wird z.B. durch „sexuelle Gewalt“.

Deutschland muss endlich die Konvention des Europarates gegen Gewalt gegen Frauen ratifizieren, „damit künftig nicht einverständliche sexuell bestimmte Handlungen mit einer anderen Person strafbar sind“. Die SPD-Fraktion stellt sich ausdrücklich an die Seite von betroffenen Frauen: Keine Bagatellisierung von Taten, keine Umkehrung der Verantwortlichkeit. „Unabhängig von der Herkunft der Täter ist jede Körperverletzung, jede Vergewaltigung, jeder Überfall, jede Beleidigung, jede Belästigung, jede Nötigung, jeder Übergriff eine Tat zu viel und muss mit aller Konsequenz verfolgt und bestraft werden. [...] Der öffentliche Raum gehört rund um die Uhr und ohne jegliche Einschränkung der gesamten Bevölkerung, Frauen und Männern.“ Wir appellieren gleichzeitig an alle Berlinerinnen und Berliner: „Schauen Sie hin, stehen Sie Opfern von Gewalt bei, machen Sie Mut, Übergriffe, Beleidigungen, Belästigungen und Gewalttaten frühzeitig anzuzeigen, bezeugen Sie Übergriffe, damit Täter ermittelt und bestraft werden können. Die schnelle Ahndung von Straftaten ist Prävention.“ Wir brauchen ein neues gesellschaftliches Klima, in dem alle Mädchen und Frauen mit ihren Berichten über Gefahrensituationen ernst genommen werden.

So weit der Antrag, den wir nun ins parlamentarische Verfahren einbringen und der aktuell zunächst beim Koalitionspartner diskutiert wird.

Sexuelle Belästigung soll strafbar werden!

Resolution gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus.
Immer. Überall. #ausnahmslos der ASF-Berlin

Nach den sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht 2016 haben einige Frauen unter #ausnahmslos einen Aufruf gestartet. Es ging den Autorinnen darum, Sexismus und sexualisierte Gewalt nicht zu „islamisieren“ und damit pauschal einer Religion zuzuschreiben. Sexismus und sexualisierte Gewalt sei ein gesamtgesellschaftliches Problem, so der Aufruf.

In Anlehnung an diesen Aufruf hat die ASF-Berlin am 29. Januar eine Resolution „Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos“ verabschiedet.

Darin fordert die ASF-Berlin eine Reform des Sexualstrafrechts. Jede Form des nicht-einvernehmlichen Geschlechtsverkehrs muss strafbar sein. Nein heißt Nein! Und sie fordert darüber hinaus, dass sexuelle Belästigung in Deutschland endlich ein eigenständiger Straftatbestand wird.

Bei sexualisierter Gewalt ginge es nicht um Sex, sondern um Machtdemonstration, deshalb sollten die Täter nicht als „Sex-Gangster“ oder „Sex-Mob“ beschrieben werden.

Das Augenmerk müsse mehr auf die von Gewalt betroffenen Frauen gerichtet werden. Die Arbeit der Beratungsstellen solle gestärkt und ihr Angebot ausgebaut werden. Von Gewalt betroffene Frauen bräuchten einen besseren und schnelleren Zugang zu Therapieplätzen.

Auch Polizei und Justiz müssten geschult werden, damit es überhaupt zur Strafverfolgung kommt und in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen umgegangen wird.

Sexismus und andere Diskriminierungsformen müssten als Nährboden für sexualisierte Gewalt verstanden und als reale und bestehende Probleme in unserer Gesellschaft anerkannt werden. Es müsse erkannt und ernst genommen werden, wie die mediale Darstellung u.a. weiblicher Körper als Lustobjekte mit sexualisierter Gewalt verknüpft ist. Sexismus dürfe weder im Alltag noch in der Werbung und in den Medien Platz haben.

Veranstaltungstipp

Wie Is(s)t die Stadt?

Berlin hat gemeinsam mit 100 weiteren Städten den »Urban Food Policy Pact« unterzeichnet und bekennt sich damit zu einer nachhaltigen kommunalen Ernährungspolitik.

Warum sollte sich die Stadtentwicklung mit »Ernährung« beschäftigen? Welche Möglichkeiten haben Bürger*innen in den Städten, ihre lokalen Ernährungssysteme zu reformieren? Was tun andere Städte für eine zukunftsfähige städtische Lebensmittelversorgung?

Do, 24. März 2016,
19:00 bis 21:00 Uhr

Nähere Infos unter
www.august-bebel-institut.de



Gender- und diversitygerechte Modernisierung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB)

Seit 2013 ist geplant, den Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) umzubauen. Eine Modernisierung ist dringend nötig, denn der ZOB wird von nationalen und internationalen Busunternehmen und Reisenden stark genutzt.

Der ASF-Landesvorstand hatte sich in einer Sitzung mit dem geplanten Umbau beschäftigt und war zu dem Schluss gekommen, dass dieser gender- und diversitygerecht umgebaut werden sollte. In einem Schreiben hatte sich die ASF-Berlin deshalb an den Senator für Stadtentwicklung gewandt. Dieser hat inzwischen geantwortet und die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gemeinsam mit der BVG AöR vorgesehenen Maßnahmen für den gender- und diversitygerechten Umbau des ZOB dargestellt.

Der ZOB soll komplett neu gestaltet werden, unter Berücksichtigung der Belange aller Bevölkerungsgruppen, u.a. Schwangere, Bewegungseingeschränkte, Kleinwüchsige und Ältere. Die WC-Anlagen sollen ebenerdig und damit barrierefrei zu erreichen sein und es soll ein Raum für die Säuglings- und Kleinkindversorgung eingerichtet werden.

Die Übersichtlichkeit und Einsehbarkeit soll erhöht werden durch Reduzierung der Gebäudeanzahl auf der Anlage. Es sollen bestehende Kioske abgerissen werden. Die Dienstleistungen wie zum Beispiel die Ticketschalter der Busunternehmen werden zukünftig gebündelt in der Wartehalle angeordnet.

Die Sauberkeit soll deutlich erhöht werden. So soll ein auf den zukünftigen Bedarf und mit dem örtlichen Entsorger abgestimmtes Müllkonzept, welches Abfalltrennsysteme mit einer 4er-Einteilung (Papier, Kunststoff, Glas, Restmüll) in ausreichender Anzahl, u.a. im Bereich jeder Haltestelle vorsieht.

Die Gepäckaufbewahrung ist gemäß Planung zahlenmäßig an den zukünftigen Bedarf angepasst und an zentraler und gut einsehbarer Stelle positioniert.

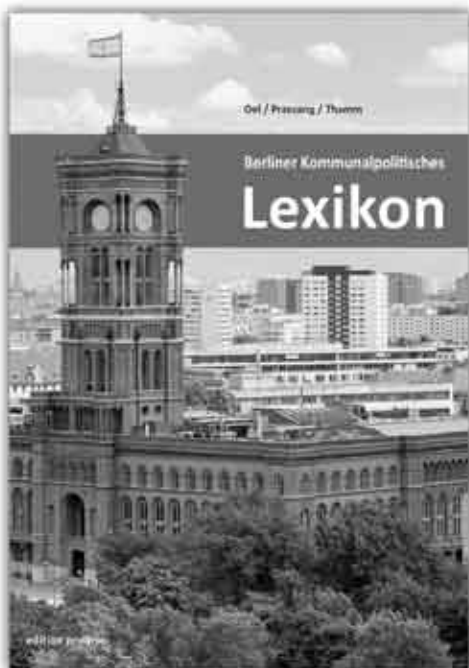
Fahrradstellplätze werden gemäß dem Leitfaden „Fahrradparken in Berlin“ ausgelegt und werden in ausreichender Anzahl an sicherer und gut einsehbarer Stelle zur Verfügung stehen.

Des Weiteren:

- Einrichtung eines zentralen Anlaufpunktes/Fahrgastinformation direkt an den Leitstellen des ZOB
- Installierung von Info-Säulen mit mehreren Funktionen wie zum Beispiel Notruftaste und Fahrplanauskünfte
- Installierung eines farbigen Wegeleitsystems zur besseren Orientierung (zusätzlich zum Blindenleitsystem) und zur Vermeidung unnötiger Fahrgastbewegungen und Reduzierung des Gefahrenpotenzials auf der Anlage
- gute Ausleuchtung der gesamten Anlage im Innen- und Außenbereich
- Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens und der sozialen „Kontrolle“ durch die vorgenannten Punkte
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität u.a. durch die Erhöhung der Anzahl der Sitzgelegenheiten in der Wartehalle sowie den zur Verfügung stehenden Sitzgelegenheiten an der Haltestelle
- Regenschutz durch Überdachung der Gehweg- und Haltestellenbereiche sowie Schattenspende durch Lichtundurchlässigkeit des Daches

Außerdem werden im Schreiben zahlreiche Maßnahmen zur Erhöhung der Barrierefreiheit insbesondere für sehbehinderte Menschen aufgeführt.

Martina Hartleib



Hans-Ulrich Oel / Norbert A. Przesang / Rainer Thamm †

BERLINER KOMMUNALPOLITISCHES LEXIKON

3. überarbeitete und erweiterte Auflage

Im März 2016 erscheint die 3. überarbeitete und erweiterte Auflage unseres Berliner Kommunalpolitischen Lexikons.

Mitgliedern der SGK Berlin senden wir gern unentgeltlich ein Exemplar zu.

Einfach formlos im Büro der SGK Berlin bestellen:

Per E-Mail an info@sgk-berlin.de

Per Post an die SGK Berlin, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Daseinsvorsorge in Freihandelsabkommen absichern!

Kommunale Positionen mit Bundeswirtschaftsministerium festgezurt

von Detlef Raphael

Bereits im Februar 2014 hat der Deutsche Städtetag (DST) den umfangreichen Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge bei Handelsabkommen und Transparenz bei den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) und TiSA (Trade in Services Agreement) eingefordert. Im Oktober 2014 haben die drei kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) ein gemeinsames Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen veröffentlicht. Dieses viel beachtete Positionspapier wurde dann zur Grundlage intensiver Gespräche mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und mündete in ein gemeinsames Positionspapier des Bundeswirtschaftsministeriums, der drei kommunalen Spitzenverbände und des VKU zu TTIP, das alle Forderungen der kommunalen Spitzenverbände und des VKU aufgreift: <http://www.staedtetag.de/fachinformationen/wirtschaft/073910/index.html>.

Was wollen die Kommunen?

Die öffentlichen Dienstleistungen sollen voll umfänglich von Marktzugangsverpflichtungen in Freihandelsabkommen ausgenommen werden. Daher wird der sogenannte Positivlistenansatz gefordert. Danach würden Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge nur dann von Liberalisierungsvorschriften eines Handelsabkommens betroffen sein, wenn die entsprechenden Dienstleistungen bzw. Sektoren explizit in dem Abkommen genannt würden.

Allerdings ist beim zwischen der EU und Kanada ausgehandelten Abkommen CETA auch ein Negativlistenansatz enthalten. Neben einer horizontalen allgemeinen Ausnahme für öffentliche Dienstleistungen gibt es spezielle sektorale Ausnahmen für beispielsweise öffentliche Wasser-, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen. Nach diesem Konzept soll es auch möglich sein, dass die



Detlef Raphael

Beigeordneter beim
Deutschen Städtetag

EU-Mitgliedsstaaten Maßnahmen ergreifen können, die ausländische Anbieter vom Markt ausschließen. Auch sollen einzelne Länder zusätzliche Dienstleistungen schützen dürfen, die besonders sensibel sind. Dabei zeigt sich, dass die mit dem allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services – GATS) eingeführten Begriffe der „public utilities“ und „public services“ nicht die in unserem Sprachgebrauch verwendeten Begriffe „öffentliche Dienstleistungen“ oder „öffentliche Daseinsvorsorge“ umfassen. Daher fordern die Kommunen, die in der EU gängige Definition von „Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichen) Interesse“ zu verwenden, was auch in dem gemeinsamen Positionspapier dargelegt ist.

Zudem muss auch sichergestellt werden, dass die Anwendung von Stillstands- und Ratchet-Klauseln, mit denen bestehende Liberalisierungsniveaus nicht mehr verändert werden könnten und das jeweils höchste Liberalisierungsniveau zum Standard erklärt wird, zwingend ausgeschlossen werden.

Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU fordern, dass Regelungen zum öffentlichen Beschaffungswesen und Wettbewerbsrecht in Handelsabkommen mit Auswirkungen auf die kommunale Organisationsfreiheit nicht hinter dem reformierten

europäischen Vergaberecht zurückbleiben dürfen, insbesondere Erleichterungen für Inhouse-Vergaben und die interkommunale Zusammenarbeit sowie Bereichsausnahmen für Rettungsdienste.

Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU erwarten, dass bei den derzeit in der Verhandlung befindlichen Abkommen auf spezielle Investitionsschutzregelungen verzichtet wird. Zumindest sollten die Streit-Schlichtungs-Verfahren für die Zivilgesellschaft transparent durchgeführt, die Unabhängigkeit und hinreichende Qualifikation der Schiedsrichter sichergestellt sowie eine Berufungsmöglichkeit vorgesehen werden. Letztendlich sollte die Schaffung eines Schiedsgerichtshofs angestrebt werden.



Die Versorgung der Menschheit mit frischem Trinkwasser ist weltweit eine der großen Herausforderungen und auch Gegenstand in den TTIP-Verhandlungen. Das Foto zeigt die Bewässerung eines Reisfeldes in Indien.

Foto: Wikipedia Sebastianjude CC-BY-SA-3.0

Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU fordern darüber hinaus, dass bei unterschiedlichen Schutzniveaus die in der EU einheitlich oder national geltenden Standards auf keinen Fall mit einem vorrangigen Ziel des Abbaus von Handelshemmnissen reduziert werden dürfen; dies gilt insbesondere für den Umwelt- und Verbraucherschutz.

Wo stehen wir derzeit?

Die ersten elf Verhandlungsrunden zu TTIP zwischen der EU und den USA sind abgeschlossen. Nach den bisher öffentlichen Informationen scheint festzustehen, dass die hohen europäischen Standards sowie die Regulierungshoheit der Nationalstaaten bei öffentlichen Dienstleistungen nicht in Frage gestellt werden sollen. Auch der Schutz der Daseinsvorsorge wurde übereinstimmend herausgestellt und betont, dass die Freiheit der Nationalstaaten in der Wahl der Rechtsform zur Erbringung der Dienstleistungen nicht angetastet werden soll. Intensiv erörtert wird zwischen den Verhandlungspartnern der Vorschlag der EU-Kommission zur Neugestaltung von ISDS (Investor-state dispute settlement bzw. Investor-Staat-Streitbeilegung) und deren Überführung in ein öffentlich-rechtliches Regime, der auf einer Initiative von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel beruht.

Allerdings sind weiterhin Details zum Verhandlungsstand zu TTIP nicht bekannt. Bisher erhalten nur ein eng begrenzter Kreis von Parlamentariern unter strengen Voraussetzungen Zugang zu konsolidierten Texten. Damit bleibt die Forderung bestehen, konsolidierte Texte auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Hier müssen die EU-Kommission und die Verhandlungsführer der USA deutlich mehr Offenheit zeigen, um der noch immer gerade in Deutschland bestehenden großen Skepsis und Ablehnung gegenüber TTIP entgegenzuwirken.

Dem DST wird erfreulicherweise durch die Mitwirkung im TTIP-Beirat des BMWi ein offener Informations- und Meinungsaustausch zum Verhandlungsstand zu TTIP und auch zu CETA ermöglicht. Zudem stehen die kommunalen Spitzenverbände und der VKU in einem engen Dialog mit dem BMWi. Erfreulich aus kommunaler

Sicht war der Bericht des Europäischen Parlaments zu TTIP von Anfang Juli 2015 an die EU-Kommission, der viele der kommunalen Forderungen ebenfalls aufgegriffen hat, sei es zum Schutz der Daseinsvorsorge oder auch zur Ausgestaltung von Schiedsgerichten.

Der sehr umfangreiche Verhandlungstext zu CETA liegt bisher nur in englischer Sprache vor. Er wird zurzeit durch die EU und die EU-Mitgliedsstaaten einer Rechtsförmlichkeitsprüfung unterzogen. In diesem Verfahren wird derzeit auch geprüft, inwieweit Veränderungen am Vertragstext, z. B. in Bezug auf den Investitionsschutz, möglich sind. Es ist damit zu rechnen, dass der Vertragstext erst im Laufe des Jahres 2016 in deutscher Sprache sowie in den anderen EU-Amtssprachen vorliegen wird. Die nach der Rechtsförmlichkeitsprüfung erforderliche Zustimmung des Europäischen Parlaments (EP) zu CETA dürfte auch stark davon abhängen, ob und wie zentrale Forderungen des seitens des EP im Juli 2015 verabschiedeten Berichtes zu TTIP auch in CETA berücksichtigt werden. Offen ist derzeit noch im Rahmen der Rechtmäßigkeitsprüfung, ob CETA als gemischt-wirtschaftliches Abkommen eingestuft wird, das auch die Zustimmung aller Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten und damit auch des Bundestages und des Bundesrates bedürfte, wovon seitens der Bundesregierung allerdings ausgegangen wird.

Das Verhandlungsmandat zu TiSA ist mittlerweile veröffentlicht. Die Verhandlungen laufen zwischen den Verhandlungspartnern EU, USA und weiteren 20 Mitgliedern der Welthandelsorganisation (WTO). Das Verhandlungsmandat zu TiSA ist nicht hinreichend, um die Sorgen insbesondere zu öffentlichen Dienstleistungen auszuschließen. Allerdings greift der im EU-Parlament zu TiSA verabschiedete Bericht viele kommunale Forderungen auf.

Wie geht es weiter?

Es stehen uns noch lange Verhandlungen bevor. Dabei müssen die Kommunen wachsam bleiben und auf die Einhaltung ihrer Forderungen pochen. Zudem sollten wir die Diskussion um Freihandelsabkommen nutzen, die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge herauszustellen.

Seminar

Grundlagen des Bezirkshaushalts

Das Seminar richtet sich in erster Linie an alle angehenden Bezirksverordneten und Bürgerdeputierten, steht aber – freie Plätze vorausgesetzt – allen Interessierten offen.

Die Themen u.a.:

- Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Bezirken
- Einführung in die Budgetierung
- Der Ablauf der Haushaltsberatungen in Bezirken und Land: Wer entscheidet wann was?
- Grundlagen der Kostenleistungsrechnung und des Aufbaus eines kameraleen Haushalts
- Hinweise und Kniffe aus der Praxis: Wie kann ich als Bezirksverordneter den Haushaltsbeschluss meines Bezirkes beeinflussen? Wo liegen die Hürden/Grenzen? Was ist zu bedenken?

Samstag, 4. Juni 2016, 10 – 16 Uhr

Anmeldung bitte per Mail an info@sgk-berlin.de. Teilnahmegebühr 10,- €.

Für Mitglieder der SGK ist die Teilnahme unentgeltlich. Der Beitritt zur SGK ist am Seminartag vor Ort möglich.